

Deutschland und Belgien

Berlin, 13. September. Im Verlaufe der Londoner Verhandlungen ist zwischen den Deutschen und den belgischen Vertretern vereinbart worden, daß alsbald Verhandlungen zur Regelung schwebender Wirtschaftssachen aufgenommen werden sollen. Die Verhandlungen werden, wie wir erfahren, am 15. September in Berlin beginnen. Eine belgische Delegation traf bereits gestern in Berlin ein. Der hiesige belgische Vertreter Graf de la Halle, unterstützt vom Handelsattaché, General Conteur, wird die Verhandlungen auf belgischer Seite leiten, während deutscherseits mit der Leitung der Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, von Stockhammer, betraut ist. Das Ziel der Verhandlungen wird der Abschluß eines vorläufigen Wirtschaftsvertrages sein, das in erster Linie die Ein- und Ausfuhr, sowie Zollfragen regeln wird.

Der Abbau der Regie

Essen, 13. September. Die Franzosen und Belgier gehen jetzt ernstlich daran, die Regie abzubauen. Die Reichsbahnverwaltung trifft bereits Vorbereitungen für die Übernahme der Regiebahnhöfe und der Regiebahnhöfen. Sämtliche auf Urlaub befindliche Reichsbahnbeamte des besetzten Gebietes sind zurückgerufen worden und jede weitere Verurlaubung ist untersagt worden. Die Reichsbahn hat ferner erhebliche Geldmittel zur Beschaffung von Materialen zur Verfügung gestellt, um so schnell wie möglich den Betrieb wieder aufnehmen zu können.

Karlsruhe, 13. September. Die französischen Posten am Rhein sind gestern nachmittags eingezogen worden. Damit ist der Anteil zum Rhein hin wieder freigegeben. Die französischen Truppen sind aber bis jetzt aus ihren Quartieren im Rheingebiet noch nicht abgezogen.

Das schwierige Abrüstungsproblem

(Drahtbericht unserer Berliner Vertretung.)

Berlin, 13. September.

Heute fand die letzte Sitzung der Abrüstungskommission statt. In der Schlussdebatte traten wiederum harte Gegenstände zur Sprache. Auf Antrag des holländischen Delegierten wurde eine Kommission aus folgenden Personen eingesetzt: Van der Meer, England, Paul Boncour-Francoeur, Schanze-Jakob, Branting-Schweden, Reich-Tschschigewski, Vitulescu-Rumanien, Blergat-Österreich, Poulet-Belgien, Kalkof-Bulgarien, Katuba-Japan, Lange-Kowen, Strajnski-Polen. Diese Kommission hat den Auftrag erhalten, die gehaltenen Reden auf eine einheitliche Formel zu bringen und einen Bericht über die Abrüstungsfragen auf Grund der festgestellten Reden auszuarbeiten.

Jaglal Pascha kommt nach London

London, 13. September. (Drahtbericht.) Ramsay MacDonald, der sich in Schottland aufhält, hat einen Brief von Jaglal Pascha erhalten, in dem der ägyptische Premierminister ankündigt, daß er am 23. September nach London kommen werde und ab 25. September zur Verfügung des englischen Premierministers stehe. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Zusammenkunft zwischen den beiden Staatsmännern vorwiegend privaten Besprechungen über die ägyptische Frage und besonders der Sudanfrage gewidmet sei.

Die Veränderungen in den diplomatischen Posten

Paris, 13. September. Die „Matin“ ankündigt, werden sich die Veränderungen in den diplomatischen Posten, die in nächster Zeit vor sich gehen sollen, auf die Posten von Berlin, London, Rom, Madrid, Brüssel und Konstantinopel beziehen. An Stelle Verelli della Rocca, der der Nachfolger Baracca in Rom werden soll, wird der Unterdirektor am Quai d'Orsay Parache Ministerialdirektor am Quai d'Orsay werden.

Herriot in Toulon

Paris, 13. September. (Drahtbericht.) Herriot wird in Begleitung des Marineministers Duménil am Montag abends nach Toulon abreisen. In Toulon wird er die Zivil- und Militärbehörden besuchen und eine Delegation der Arzeneiarbeiter empfangen. Darauf wird er sich an Bord des Panzerschiffes „Provence“ einschiffen, um mit dem Marineminister an den Flottenmanövern im Mittelmeer teilzunehmen. Herriot wird voraussichtlich am Mittwoch von Toulon aus sofort nach Paris zurückkehren.

Der chinesische Serenketzel

Dr. Yen Premierminister. — Eingreifen Amerikas und Japans?

Peking, 13. September. Die Wahl Dr. Yens zum Premierminister erfolgte mit einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments. Marshall Wu-peisu und der Präsident Tschangung hatten die Wahl Yens energisch befürwortet.

London, 13. September. Das Reutersbureau meldet aus Schanghai über die Stellung der einzelnen Provinzen folgendes: Mandschurei: Oberbefehlshaber Tschangsolin wird unterstützt von Kirin, Fengtien, Shungiang. Der Kriegeminister Wu-peisu wird unterstützt von Tschili, Zzetshuan, Kansu, Schensie, Schantung, Hunan, Kiangsu, Hupe, Kiangsi, Fukien und Schansi. Sunghatsien wird unterstützt von Kwangtung, Kwangsi, Yunnan und Kweichow. Tschekiang ist unabhängig unter Tschunghsiang. Die Stellung Sunans ist ungewiß.

Schanghai, 13. September. An der Westfront gingen die Kiangsu-Streitkräfte gestern nachmittags auf ihre Hauptstellung bei Tschangschau zurück. Dieser Ort wird von den Tschekiang-Streitkräften bedroht, die bereits Tching, 23 Meilen südlich Tschangschau, genommen haben. An der Süd- und Ostfront sind keine Veränderungen zu melden. Die Tschekiangtruppen berichten, sie hätten zwei Bataillone in Tching gefangengenommen.

Kuiperk, 13. September. Am späten Abend traf gestern die Nachricht ein, daß fünf amerikanische Schlachtschiffe den Befehl erhalten haben, den Jangtschiang aufwärts zu patrouillieren. Die Kreuzer „Volie“ und „William Preston“ werden in Hankau, „Sicard“ und „John Ford“ in Nanking und „Paul Jones“ in Tschingkiang stationiert werden. Die Ausführung dieses Befehls kann als Wunsch der Regierung der Vereinigten Staaten erklärt werden, den Schutz ihrer Staatsangehörigen in der Gefahrenzone zu verstärken. Man kann aber auch diese Operation so auslegen, daß sie eine unmittelbare amerikanische Intervention im chinesischen Bürgerkrieg bedeutet, da die Kriegsschiffe sich mitten im Kampfgebiet befinden und ihre Anwesenheit die Operationen zweifellos beeinflussen wird.

Der Gouverneur der Mandschurei Tschangsolin, ersucht die Hilfe Japans zur Benutzung der mandschurischen Eisenbahnen, um auf diesen seine Truppen gegen Peking transportieren zu können. Japan hat auf die Bitte des mandschurischen Gouverneurs nicht geantwortet. In Peking ist der Belagerungszustand verhängt worden. 60 000 Mann Regierungstruppen wurden mobilisiert.

Die Verbilligungsaktion

Berlin, 13. September. Von zuverlässiger amtlicher Stelle erfährt die Telegraphen-Union: Nach Annahme der Gesetzentwürfe im Anschluß an das Londoner Abkommen ist die Sorge der Reichsregierung darauf gerichtet, die Lasten, auf deren Einbringung das deutsche Volk sich einrichten muß, möglichst tragbar zu machen. Daher kommt es in erster Linie darauf an, alle Voraussetzungen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Die Reichsregierung trifft zu diesem Zwecke eine Reihe von wirtschaftlichen und steuerlichen Maßnahmen, die gemeinschaftlich dazu bestimmt sind, die Hemmnisse einer gesunden Entwicklung zu beseitigen und daher keinen Aufschub vertragen. Im einzelnen wird folgendes veranlaßt:

1. Vom 18. September ab werden die derzeitigen Frachten der Normalkasse des Gütertarifs, die Sätze des Tiertarifs und die Frachten des allgemeinen Kohlentarifs um 10 v. H. ermäßigt, letztere jedoch nicht unter die Vorkriegssätze. Ferner wird der Gewichtszuschlag für die Beförderung in gedeckten Wagen von 10 auf 5 Prozent herabgesetzt. Wegen der übrigen Ausnahmetarife erfolgt besondere Bekanntmachung. Die Herabsetzung der Gütertarife ist seit längerer Zeit von allen Seiten als notwendig anerkannt worden. Sie wird im Augenblick tragbarer, an dem die bevorstehende Wiedervereinigung der Rhein- und Ruhrreisenbahnen mit der Reichsbahn es ermöglicht, den Eisenbahnbetrieb wirtschaftlicher zu gestalten.

2. Der Reichspostminister wird dem noch in diesem Monat zusammentretenden Verwaltungsrat der Reichspost eine Vorlage zur Ermäßigung der Postanweisungs- und Postschengebühren unterbreiten.

3. Bei den Kohlenpreisen tritt folgende Ermäßigung ein: Am 18. September für die schlesischen Steinkohlenreviere (Ober- und Nieder-Schlesien), eine Ermäßigung, die gegenüber dem vom Reichshofenverband veröffentlichten Preisen im Durchschnitt etwa 10 Prozent beträgt. Für die Ruhrreviere wird, sobald die Frage der Syndikalisierung Mitte dieses Monats geklärt ist, über eine alsbald einzutretende Preisermäßigung Beschluß gefaßt werden, die voraussichtlich mindestens 10 v. H. betragen wird. Die Braunkohlenpreise haben ihre Preise vor kurzem bereits in entsprechendem Umfang ermäßigt, so daß für sie eine Preisänderung nicht in Frage kommt.

4. Auf dem Gebiete des Bankwesens: a) Die Reichsbank hat folgende Maßnahmen getroffen: Das seit dem 7. April bestehende Diskontierungskontingentsystem wird für Zwecke der Produktionssteigerung um 10 Prozent erhöht. Für reine Warenwechsel wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank wieder auf drei Monate ausgedehnt. Die Reichsbank wird fortan wieder Bankakzente diskontieren vor-

behaltlich der Prüfung von Fall zu Fall und vorbehaltlich einer Vereinbarung über die von den Banken zu berechnende Akzeptprovision. b) Auf die Bankvereinigungen wird eingewirkt werden, daß sie normale Kreditprovisionen anwenden, ebenso auf die staatlichen und kommunalen Geldorganisationen hinsichtlich der Zinsgebühren für hereingekommene Gelder und Spareinlagen. Auch wird auf Beseitigung der aus der Zeit der Zwangswirtschaft stammenden unproduktiven Arbeiten bei den Banken Nachdruck genommen werden. So sollen die zahlreichen Devisenvorschriften bis auf einen ganz geringen Teil, dessen Weiterbestehen notwendig ist, in Kürze fortfallen.

5. Zu den Steuern, die durch die Höhe des Satzes den Wiederaufbau der Wirtschaft in erster Linie belasten, gehört die Umsatzsteuer und diejenigen Teile der Kapitalverkehrssteuer, die mit der Kapitalbeschaffung für die Wirtschaft im Zusammenhange stehen. Durch die Verzögerung der Verabschiedung des Entwurfes eines Gesetzes über Zölle und Umsatzsteuer, ist die in diesem Entwurf enthaltene Herabsetzung der Umsatzsteuer von 25 auf 2 Prozent hinausgeschoben worden. Alle Wirtschaftskreise sind der Auffassung, daß die Umsatzsteuer mit dem aus der zweiten Steuernotverordnung eingeführten Satze von 25 Prozent das Wiederaufleben der Wirtschaft und die Verbilligung des Konsums ernstlich beeinträchtigt. Bei Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Satzes ist die Gefahr weiterer Betriebseinschränkungen und damit von Arbeiter-Entlassungen gegeben. Deshalb wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab der Satz der Umsatzsteuer von 25 auf 2 v. H. herabgesetzt werden. Durch diese Vorwegnahme der Herabsetzung der Umsatzsteuer wird der weiteren Behandlung der dem Reichstage vorliegenden Zollvorlage nach ihrem gesamten Inhalte nicht vorgeschritten. Demnach bleibt auch die endgültige Herabsetzung der Umsatzsteuer über die die Vorlage neben der Frage der Höhe der Steuer eine Reihe von Änderungen vorschiebt, Gegenstand der Beratungen im Reichstage. Von ähnlicher Bedeutung wie die Herabsetzung der Umsatzsteuer ist die Frage einer Milderung der die Kapitalbeschaffung belastenden Steuern auf ein für eine stabile Wirtschaft tragbares Maß. Aber derartige Übergänge auf die Goldrechnung und zur Neuzuführung von Kapitalien erforderlichen Umwandlungen können nur dann vorgenommen werden, wenn die Sätze auf dem Gebiete der Gesellschaftssteuer und der Wertpapiersteuer gesenkt werden. Auch in soweit werden die Senkungen zum 1. Oktober 1924 eintreten. Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen angesichts der Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten. Die Reichsregierung erwartet, daß die gesamte Privatwirtschaft ihr auf dem Wege zur Senkung des Preisniveaus folgt und ebenso die öffentlichen Gesellschaften, besonders die Gemeinden mit ihren Werttarifen.

Pulsversuche in Portugal und Griechenland

Paris, 13. September. Nach einer Sabasmeldung aus Lissabon versuchten radikale Elemente, Zivil- und Militärpersonen einen Staatsstreik. Sie griffen das Kriegsministerium und die Telegraphenstation an. Der Versuch ist mißlungen. Die Regierung ist Herrin der Lage. Die Truppen, die die Wache besetzt halten, sind in die Kasernen zurückgezogen. Die Revolutionäre, die sich in das Zollamt begeben hatten, sind geflüchtet. Lissabon hat sein normales Aussehen wieder angenommen. Unter den Verhafteten befinden sich Offiziere, Unteroffiziere und Matrosen.

Wien, 13. September. Ueber die Aufdeckung einer Militärverschwörung wird nach gemeldet, daß die beiden beteiligten Generale Tserull und Passayotopulos gefestert verhaftet worden sind.

Der unruhige Orient

Bombay, 13. September. Die Zentrale des Kalifatskomitees forderte die indischen Mohammedaner auf, für den Erfolg der Riffleute zu beten, und beschloß, die finanzielle Hilfeleistung zu organisieren.

Kairo, 13. September. Die Zeitung „Mohram“ veröffentlicht unter Vorbehalt ein Telegramm aus Mekka, in dem mitgeteilt wird, daß die Wahabi bei der Einnahme der Ortschaft Balf (Südarabien) Häuser niedergebrannt, Gräber zerstört, in Ulemas alte Männer und Frauen niedergemetzelt haben. Die Unterzeichner des Telegramms erbitten Hilfe.

Kommunistisches Attentat in Rom

Paris, 13. September. Aus Rom wird gemeldet, daß ein italienischer Arbeiter Namens Coroi gestern vier Revolvergeschosse auf den faschistischen Abgeordneten und Vizelektre der faschistischen Verbände Casalini abgegeben hat. Der Abgeordnete wurde tödlich durch zwei Schüsse am Kopfe verletzt. Der Angreifer wurde sofort verhaftet. Beim Verhör gab er dann zu, daß er der kommunistischen Partei angehört und die Absicht hatte, Matteotti zu töten, dessen Bild er übrigens bei sich in der Tasche trug. Der Abgeordnete Casalini ist im Hospital inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Das Attentat ereignete sich in einer Straßenbahn.

Paris, 13. September. Wie aus Rom gemeldet wird, ist sofort, nachdem die Ermordung des Faschisten Casalini bekannt wurde, ein Kabinettsrat zusammengetreten, um sich mit der Lage zu beschäftigen. Es wurden Maßnahmen getroffen, um ein Vorgehen der Faschisten zu verhindern. Nach dem „Journal d'Italia“ hat der Minister des Innern in der Absicht, Unruhen vorzubeugen, die Truppen alarmieren lassen.

11 Elberfelder Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 13. September. Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann am Freitag ein neuer Kommunistenprozeß. Nicht weniger als 11 Angeklagte, zumeist Arbeiter aus Elberfeld hatten sich wegen Vergehens gegen das Republiksschutzgesetz, unbefugten Waffenbesitzes und Ueberfüllen auf Schupobeamte zu verantworten. Die Angeklagten gehören sämtlich der KPD an und gestehen ihre Straftaten ein, bestritten indessen auf Anregung der Parteileitung gehandelt zu haben. Bei dem letzten Ueberfall auf zwei Schupobeamte im März d. J. wurde ein Beamter erschossen. Die Ueberfälle auf

Schupobeamte erfolgten, um in den Besitz von Waffen zu gelangen. Die Verhandlung wird am Sonnabend fortgesetzt.

Der Staatsanwalt Dr. Zaulen beantragte folgende Strafen: Gegen Michels 12 Jahre Zuchthaus, Clemm 12 Jahre Zuchthaus, Groß 11 Jahre Zuchthaus, Schurff 7 Jahre Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe, Weher 11 Jahre Zuchthaus, Ruff 11 Jahre Zuchthaus, Salowski 4 Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Zins 4 Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Gitting 3 Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe, Engels 3 Jahre Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe und Alberto 12 Jahre Zuchthaus.

Das Ermittlungsverfahren gegen den vor einiger Zeit wegen Beihilfe zur Ermordung Rathenaus verhafteten Studenten Günther Brandt ist jetzt abgeschlossen. Die Akten sind dem Oberreichsanwalt zur Anklageerhebung zugegangen. Der Prozeß wird voraussichtlich noch in diesem Jahre den Staatsgerichtshof beschäftigen.

Kommt die Infanterieschule nach Dresden?

Berlin, 13. September. Die Mütter erfahren von zuverlässiger Stelle, daß entgegen anderlautender Meldungen nur der Stammbau der Infanterieschule und Reitanstalt nach Wittenburg zurückverlegt werde. Der Kursus der Infanterieschule beginnt erst wieder im nächsten Frühjahr auf dem Truppenübungsplatz Ohrdruf. Eine endgültige Entscheidung über die Verlegung der Infanterieschule nach Dresden ist noch nicht getroffen.

Die Zeppelinwerft wird nicht geschlossen

München, 13. September. (Drahtbericht.) Nach den erfolgreichen Ausflügen des Z. N. III wird sehr bebauert, daß die Zeppelinwerft auf Grund der Bestimmungen des Versailles-Vertrages geschlossen werden müßte. Rummel wird bekannt, daß nur die große Halle, in der heute noch das Luftschiff verankert ist, abgerissen werden wird.

Die Reichsrichtzahl

Berlin, 13. September. Die Reichsrichtzahl für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 10. September, auf das 1,16-billionenfache der Vorkriegszeit. Sie hat sich gegenüber der Vorwoche (1,15 Billionen) um 0,9 v. H. erhöht.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Wetterlage: Der hohe Druck über dem europäischen Festland hat sich noch gekräftigt. Zwischen Schottland und Island liegt heute morgen das Zentrum einer kräftigen Depression, deren Randbildungen zeitweise föhrend (Durchgang von Zonen, starke Bewölkung) in die im allgemeinen hellere Witterung eingreifen. Eine wesentliche Veränderung dieser Lage steht für morgen nicht in Aussicht. Witterungsaussichten für den 13. September abends bis 14. September abends: Wohlig bis heiter, stellenweise, besonders am Morgen neblig, nachts kühl, um Mittag ziemlich warm, schwache bis mäßige südliche bis südwestliche Winde.

Tresden-Johannstadt. (Herz-Jesu-Konferenz des Vincentiusvereins). Dienstag, den 16. September, abends 8 Uhr, in der „Union“, Güttenstraße 7, Sitzung.